

Schweiz



Transparenz war das Wort des Abends. Thomas Säggerer (links oben) fordert für Lobbyisten einen zwingenden Registerbeitrag. Fotos: Béatrice Devènes

Nationalrat will Innovationspark

Der Nationalrat befürwortet die Pläne für einen nationalen Innovationspark. Gestern hat er die gesetzlichen Grundlagen für die Unterstützung des Bundes gutgeheissen – gegen den Willen der SVP. Die Mehrheit sieht den Innovationspark als Chance für die Wirtschaft und die Schweiz. Es handle sich um ein «Generationsprojekt», das Arbeitsplätze schaffe, hiess es. Es soll die Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft in der Nähe von Hochschulen und Forschungsinstitutionen fördern. Realisiert wird der Park durch Standortkantone, Privatwirtschaft und Hochschulen. Vorerst soll der Innovationspark auf fünf Standorte verteilt werden: zwei Hubs in der Nähe der ETH Zürich und ETH Lausanne sowie Netzwerkstandorte im Kanton Aargau, in der Region Nordwestschweiz und in Biel. Umstritten ist insbesondere die Abgabe eines Grundstücks auf dem ehemaligen Militärflugplatz Dübendorf, den manche lieber gänzlich für die zivile Aviatik nutzen würden. (SDA)

Nachrichten

Bootsflüchtlinge
Zahl der Asylgesuche
ist sprunghaft gestiegen

Die von der UNO beobachtete «dramatische» Zunahme der Bootsflüchtlinge macht sich auch in der Schweiz bemerkbar. Im Mai wurden 2203 Asylbegehren eingereicht, 60 Prozent mehr als im April, wie das Staatssekretariat für Migration bekannt gab. Allein von Personen aus Eritrea stammten 807 Gesuche, 575 mehr als im Vormonat. Wichtige Herkunftsländer waren auch Somalia, Sri Lanka, Afghanistan und Syrien. Als wichtigste Gründe für die steigenden Gesuchzahlen nennt das Staatssekretariat die anhaltenden Krisen in wichtigen Herkunfts- und Transitländern. (SDA)

Ältere Arbeitnehmer
Parlament will inländische
Arbeitskräfte fördern

Das Parlament drängt auf Massnahmen zur Förderung inländischer Arbeitskräfte. Der Nationalrat hat eine entsprechende Motion von Ständerätin Brigitte Häberli-Koller (CVP, TG) überwiesen. Danach sollen die Gesetze so geändert werden, dass inländische Arbeitskräfte, vor allem Ältere und Frauen, gefördert werden und die Abhängigkeit von ausländischen Arbeitskräften reduziert wird. Der Bundesrat packte trotz seiner Fachkräftemission die Herausforderung nach Annahme der Masseneinwanderungsinitiative zu wenig konsequent an, begründete Häberli-Koller. (SDA)

Neue Strategie
Bundesrat soll die Zahl junger
Sozialhilfebezüger senken

In der Schweiz sollen weniger Jugendliche und junge Erwachsene als heute von Sozialhilfe abhängig sein. Insbesondere sollen Jugendliche bei der Berufsberatung und bei der Stellensuche besser unterstützt werden. Das Parlament verlangt vom Bundesrat eine Strategie mit diesem Ziel und die Zusammenarbeit mit Kantonen und Gemeinden. Am Dienstag überwies der Ständerat eine entsprechende Motion der Basler SP-Nationalrätin Silvia Schenker. (SDA)

Kriminalität
Weniger Jugendliche wurden
straffällig

Erneut sind im Jahr 2014 in der Schweiz weniger Jugendliche wegen einer Straftat verurteilt worden. Richter und Behörden erliessen letztes Jahr 12 800 Urteile gegen Minderjährige, wie Auswertungen des Bundesamtes für Statistik zeigen. Gegenüber dem Rekordjahr 2010 sind dies 18 Prozent weniger. Rückläufig waren bei den Jugendlichen namentlich die Urteile wegen Straftaten gegen das Strafrecht, die gut die Hälfte aller Entscheide ausmachen. Dagegen wurde beim Betäubungsmittelhandel ein markanter Anstieg von einem Fünftel verzeichnet. Wegen Gewaltstraftaten wurden noch 1400 Jugendliche verurteilt, 16 Prozent weniger als 2013. Die Zahl straffälliger Erwachsener hingegen verharrte mit über 110 000 nahe beim Höchststand des Vorjahres. (SDA)

Die Einflüsterer polieren ihr Image auf

Seit der Kasachstan-Affäre stehen Lobbyisten unter scharfer Beobachtung. Sie setzen auf Selbstregulierung.

Raphaela Birrer
Bern

«Lobbyisten sind Grusel. Sie sind wie Pianisten in einem zweideutigen Lokal.» Diese drastischen Worte wählte einer, der es wissen muss. Dominique Reber ist Partner bei Hirzel-Neef-Schmid-Konsultanten – und damit selbst Lobbyist. Mit der wenig schmeichelhaften Umschreibung spricht Reber das Reputationsproblem seines Berufsstands an. Auch bei der Ursachenanalyse ist der Kommunikationsberater unzweifelhaft: «Dass viele Menschen so von uns denken, ist auch selbst verschuldet. Solange die Branche nicht transparenter agiert, wird sie den Hinterzimmergeruch nicht loswerden.»

Reber sitzt auf einem Podium im Berner Luxushotel Bellevue-Palace unweit des Bundeshauses und diskutiert mit anderen Lobbyisten und Parlamentariern, ob und wie das Geschäft der politischen Strippenzieher reguliert werden könnte. Eingeladen hat die Schweizerische Public-Affairs-Gesellschaft (Spag) – und gekommen ist das Who's who der Branche. Der traditionelle Sessionsanlass des

Dachverbands der Lobbyisten hat diesmal besondere Brisanz: Die Kasachstan-Affäre hat ein grelles Schlaglicht auf die diskreten Einflüsterer in der Wandelhalle geworfen und eine Grundsatzdebatte über deren Tätigkeit ausgelöst.

Die Lobbyingaffäre um FDP-Nationalrätin Christa Markwalder und die Kasachstan-Lobbyistin Marie-Louise Baumann ist denn auch allgegenwärtiges Gesprächsthema, am Apéro ebenso wie auf dem Podium. Aber Branchenvertreter betonen, alles andere als betrübt darüber zu sein. Spag-Geschäftsführer Robert P. Hilty sieht die Geschichte gar als einmalige Chance «für dringend notwendige Reformen». «Seit Jahren pochen wir auf ein Lobbyistenregister, um Transparenz in der Branche zu schaffen», sagt er im Gespräch. «Jetzt wird endlich ernsthaft über die Probleme diskutiert.»

Transparenz – das ist an dieser Veranstaltung das wohl am häufigsten benutzte Wort. Um mehr Licht in die viel zitierten dunklen Hinterzimmer zu bringen, wollen die Lobbyisten in erster Linie auf Selbstregulierung setzen. «Ein Eintrag im Register des Dachverbands

sollte für alle Lobbyisten Pflicht sein – nicht nur für die Mitglieder. Diese Massnahme sollte von gesetzlichen Regulierungen flankiert werden», schlägt Thomas Säggerer vor. Er ist Präsident der neu geschaffenen Spag-Standeskommission. Diese wacht über die Einhaltung der verschärften Standesregeln: Seit einem Jahr verpflichtet der Branchenverband seine Mitglieder dazu, ihre Auftraggeber offenzulegen. Wer sich nicht an die neuen Spielregeln hält, wird ausgeschlossen. Zurzeit untersucht die Kommission den Fall Baumann – obwohl die erfahrene Lobbyistin nicht mehr Mitglied ist. Das sei gar nicht entscheidend, sagt Säggerer, es gehe darum, Regelverletzungen in der gesamten Branche zu thematisieren und aufzuarbeiten.

Das Problem der anderen

Das wiederum erklärt das Selbstbewusstsein der versammelten Lobbyisten: Sie als Mitglieder fühlen sich nur bedingt betroffen von den Intransparenzvorwürfen – wer sich dem Verband anschliesse, bekenne sich zum Ehrenkodex, zu den Standesregeln, ja zu moralischer Integrität, lautet der Tenor.

Das Problem seien vielmehr die frei agierenden Lobbyisten und die ehemaligen Parlamentarier, die ihren lebenslangen Zutritt zum Bundeshaus teilweise zur Interessenvertretung nutzten, sagt etwa Hilty. Er schätzt, dass nur etwa 50 der rund 500 Lobbyisten, die regelmässig in der Wandelhalle sind, seinem Verband angeschlossen sind. Dass mehr Transparenz auch dem Willen vieler Lobbyisten entspreche, verdeutliche der Zulauf zur Spag: «Seit der Kasachstan-Affäre haben wir acht Prozent mehr Mitglieder.»

Trotz des viel beschworenen Reformwillens bleiben die Lobbyisten im Bellevue-Palace die Antwort auf die Frage schuldig, wie schärfere Regeln für die unübersichtliche Branche wirksam umgesetzt werden könnten. Politologe Claude Longchamps Diagnose ist lediglich ein Vorgeschmack auf noch folgende Diskussionen: In der aufgeheizten Stimmung werde übersehen, wie wichtig Lobbyisten für das Funktionieren der Politik seien, sagt er in seinem Referat. In den immer komplexer werdenden demokratischen Prozessen werde ihre Bedeutung künftig sogar noch zunehmen.

Mehr Geld für den Schweizer Tourismus

Trotz Spardruck hat der Nationalrat die Mittel für die Tourismusförderung um 10 Millionen aufgestockt.

Christian Brönnimann
Bern

Hotelpersonal zu mehr Freundlichkeit ausbilden, archäologische Stätten besser erschliessen oder weintouristische Angebote fördern: Das sind drei Beispiele von Tourismusprojekten, die der Bund finanziell unterstützt. Im Rahmen des Programms Innoutour flossen in den letzten vier Jahren 20 Millionen Franken. Angesichts der Schwierigkeiten der Tourismusbranche wegen der Annahme der Zweitwohnungsinitiative und des starken Fränkens sei das nicht genug, sagte gestern eine knappe Mehrheit des Nationalrats. Auf Antrag des Bundesrats

erhöhte sie den Betrag für die Jahre 2016 bis 2019 auf 30 Millionen Franken.

Der Entscheid fiel im Rahmen der Beratung der Standortförderung für die kommenden vier Jahre. Insgesamt sprach der Nationalrat dafür knapp 370 Millionen Franken. Der Löwenanteil entfällt auf die Marketingorganisation Schweiz Tourismus. Um den Tourismus im In- und Ausland zu bewerben, bewilligte der Nationalrat 220,5 Millionen Franken. Auch das ist mehr als in früheren Perioden. Um das Jahr 2000 waren es erst rund 140 Millionen Franken.

Weniger Geld für E-Government

Für die Exportförderung zugunsten von Schweizer Unternehmen sprach der Nationalrat zudem knapp 90 Millionen Franken. Trotz der düsteren Aussichten beim Bundeshaushalt schmetterte die Ratsmehrheit fast alle Kürzungsanträge ab. Nur in einem Punkt machte sie ernst mit Sparen: Die Mehrheit kürzte die Mit-

tel für E-Government-Angebote. Für die Internetplattform zur unkomplizierten Abwicklung von Behördengängen sprach der Nationalrat lediglich 12,4 Millionen statt der von Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann beantragten 17,7 Millionen Franken.

Zusätzlich zur Standortförderung bewilligte der Nationalrat gestern auch das zweite Mehrjahresprogramm der Neuen Regionalpolitik (NRP) für die Periode 2016 bis 2023. Für die Unterstützung von strukturschwachen Regionen sprach er 230 Millionen Franken. Zudem fügte er einen neuen Passus ins Gesetz ein, wonach mit dem Geld speziell auch die nachhaltige Innovation und regionale Wirtschaftskreisläufe gefördert werden sollen. Bei den Kantonen, welche die NRP mitfinanzieren, stösst der Passus auf Unverständnis. In einem Schreiben an die Parlamentarier warnen sie davor, dass damit die Effizienz verringert und das Profil der NRP geschwächt werde.

Anzeige

FDP
Die Liberalen

«Eine finanzielle Mehrbelastung, die für viele Familienunternehmen nicht verkraftbar ist.»

André Windlin,
Landwirt,
Gemeindepräsident,
Ständeratskandidat,
Melchtal Kerns

www.fdp.ch

AM 14. JUNI 2015

NEIN
zur Erbschaftsteuer

